

»Plattenbau-
gebiete sozial
und kulturell
aufwerten!«

Katharina Hanser



VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

Mai 2020



Solidarität in der Krise

Wie wir die Auswirkungen bewältigen. » Seite 3

Eine Frage des Charakters

Die, die es schon vor der Corona-Krise schwer hatten,
trifft der aktuelle Ausnahmezustand besonders.

DIE LINKE nimmt genau diese Menschen in den Blick.

Mitte April titelte der NDR: »Minijobber - in der Corona-Krise vergessen?« und wies auf die schwierige Situation hin, in der sich Minijobber befänden, die weder Anspruch auf Kurzarbeitergeld noch auf Arbeitslosengeld I hätten. Es seien diese Minijobber, die in Krisenzeiten schnell mal vor die Tür gesetzt würden - Kündigungsfristen: Fehlanzeige. Es seien ihre Arbeitgeber, die darauf spekulierten, dass jemand, der 450 Euro oder weniger verdient, nicht den Rechtsweg geht, vor allem wenn etwa in Corona-Zeiten keine Termine bei der öffentlichen Rechtsauskunft zu kriegen sind. »In der Krise zeigt sich der Charakter«, wird Helmut Schmidt in diesen Tagen zitiert. Wie ist es um den Charakter einer Gesellschaft bestellt, die den Reichtum Einiger in den letzten zwei Jahrzehnten auf dem Rücken derjenigen prekär Beschäftigten angehäuft hat, die als Lohn jetzt dafür im Regen stehen? In der

Krise zeigt sich der Charakter einer Gesellschaft in der Antwort auf die Frage, wen sie als besonders verletzlich und als besonders schützenswert ausmacht (was nicht das Gleiche sein muss, wie man in den griechischen Flüchtlingslagern immer noch sehen kann). In dieser Ausgabe werfen wir einen Blick auf Menschen, denen diese Krise besonders übel mitspielt, auch die ergriffenen Gegenmaßnahmen - Obdachlose etwa. Auch Künstlerinnen und Künstler, Gastronomen und andere kleine Selbständige nehmen wir in den Blick, denen große Teile ihres Einkommens wegbrechen. Wir fragen, ob und wie Heimunterricht soziale Verwerfungen zwischen verschiedenen Elternhäusern und Gesellschaftsschichten weiter manifestiert. Wir wollen den Fokus auf jene richten, die dieser Krise ungeschützt begegnen. Denn: Was formt den Charakter besser als eine neue Perspektive? *Thomas Feske*

STÄDTISCHES KLINIKUM

Gesundheit ist keine Ware

Unsichere Zeiten wie die gegenwärtige Corona-Pandemie machen deutlich, wie wichtig ein gut funktionierendes Gesundheitssystem ist. Aus linkspolitischer Sicht darf Gesundheit nicht weiter zu einem Markt verkommen und sollte stattdessen aus öffentlicher Hand organisiert werden. Das Wohl des Menschen muss an erster Stelle stehen.

2017 ist aus dem Krankenhaus Dresden Friedrichstadt und dem Krankenhaus Dresden-Neustadt das Städtische Klinikum Dresden als Eigenbetrieb der Stadt hervorgegangen. Etwa 3.200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in den vier Dresdner Standorten Friedrichstadt, Trachau, Löbtau und am Weißen Hirsch beschäftigt.

Immer wieder greifen Medien die derzeitige finanzielle Situation des Städtischen Krankenhauses auf. Von einer »wirtschaftlichen Schieflage« ist die Rede. Unsere Bürgermeisterin für Soziales und Gesundheit Dr. Kris Kaufmann erklärt im Interview, in welcher Situation sich das Klinikum gegenwärtig befindet und welche Strategien das Klinikum in die Zukunft führen sollen. » Seite 4

WOHNEN

Mietshäuser von STESAD an WiD übertragen

Mit »Auflösung des Treuhandvermögens« begann der sperrige Titel einer Vorlage, welche den Wohnungsbestand der städtischen STESAD an die städtische Wohnungsgesellschaft WiD übertragen wird. Inzwischen vor 30 Jahren begannen Überlegungen, die ausgedehnten Altbaugebiete in Pieschen, der Antonstadt und im Hechtviertel grundlegend zu sanieren, befanden sich doch die Viertel in einem baufälligen und nicht mehr zeitgemäßen Zustand. Zu dem Zweck wurden die städtischen Grundstücke in den Sanierungsgebieten einem Sanierungsträger treuhänderisch übergeben – der STESAD.

In den folgenden zwei Jahrzehnten wurden die Sanierungsgebiete gefördert, es wurde gebaut und die einzelnen Objekte von der STESAD gleichzeitig weitervermietet und verwaltet. Darüber hinaus nahm die STESAD die Bauherrenaufgaben wahr.



Sanierungen brachten solide Zustände – keinen Luxus.

Nach 30 Jahren sind die Sanierungsgebiete abgearbeitet. Die damals an die STESAD übertragenen Immobilien werden den zuständigen städtischen Firmen und Eigenbetrieben zur Nutzung übergeben, ein Kindergarten geht dabei an den Eigenbetrieb Kita, die Musikschule Glacisstraße an das Heinrich-Schütz-Konservatorium und die Wohnungen an die WiD. Die Wohnungen wurden nicht luxussaniert, sondern in einen soliden Zustand gebracht. Ziel war, die Mieten niedrig zu halten, damit die Wohnungen weiter im Sinne von belegungsgebundenem Wohnraum an Berechtigte erschwinglich vermietet werden können. Auch die WiD wird die Wohnungen in diesem Sinne weiter bewirtschaften und damit einen Beitrag zu sozial verträglichen Mieten leisten. *Tilo Wirtz*

CORONA

Soforthilfe für Freiberufler

Kleinstunternehmer, Selbstständige und Freiberufler*innen sind von den Maßnahmen rund um die Corona-Krise schwer getroffen. Um sie schnell zu unterstützen, hat der Stadtrat ein Soforthilfe-Programm beschlossen, das den Betroffenen eine einmalige Zuwendung von 1.000 € in Aussicht stellt. Fünf Mio € wurden dazu von der Stadt bereitgestellt. Innerhalb weniger Tage gingen mehr als 5000 Anträge bei der Verwaltung ein, das Kontingent war schnell ausgeschöpft. Der Finanzausschuss beschloss daraufhin weitere fünf Mio € für das Soforthilfe-Programm zur Verfügung zu stellen. Der Ansturm auf die Soforthilfe zeigt deutlich, wie viele kleine Selbstständige und Freiberufler unter der aktuellen Situation leiden.

Die Redaktion

Corona & der Wille zur Freiheit

Die Stadtgesellschaft zwischen Einschränkung, Verunsicherung und Solidarität

Seit Mitte März sind Distanzen von 1,5 bis 2 m und gründliches Händewaschen das Gebot der Stunde. Versammlungen von mehr als zwei Personen wurden verboten. Damit wurde de facto das Versammlungsgesetz lt. Artikel 8 Grundgesetz (GG) außer Kraft gesetzt. Ausnahmen zum Gebot Zuhause zu bleiben verunsichern viele Menschen. Die Bewertung der Maßnahmen liegt im Spannungsfeld der Artikel 2 GG (die Unversehrtheit und Freiheit der Person) und weiteren Freiheitsrechten bis hin zu Artikel 16a GG (Asylrecht). Über allem steht Artikel 1 GG – die Unantastbarkeit der Würde des Menschen.

Was ist richtig und was ist falsch in Zeiten der Corona-Pandemie? Richtig ist auf jeden Fall Solidarität. Für Viele wurde gelebte Solidarität zur Selbstverständlichkeit. Über soziale Netzwerke, Vereine oder Nachbarschaften wird Hilfe organisiert. Gabenzäune entstanden, um auf der Straße lebenden Menschen aus der größten Not zu helfen. Menschen nähern Behelfsbedeckungen für Nase und Mund, welche auch Alten- und Pflegeeinrichtungen notdürftig versorgen.

Wichtig wie kaum zuvor sind Informationen aus glaubwürdigen Quellen. Solche sind insbesondere die Zahlen und Einschätzungen, die täglich vom Robert-Koch-Institut und den Gesundheitsämtern veröffentlicht werden. Diese Institutionen veröffentlichen zudem regelmäßig fachliche Informationen zum Virus und schlagen Verhaltensweisen zur Risikovermeidung vor.

Gleichzeitig boomt aber auch das Geschäft mit der Angst. Verschwörungstheoretiker hatten schnell scheinbar schlüssige Antworten parat. Rassist*innen entdecken wieder einmal alle »Anderen« (so z. B. Jüdinnen und Juden) als Verantwortliche der Pandemie. Es gibt auch Menschen, die in den Beschränkungsmaßnahmen vor allem einen Test mutmaßen, in welchem Umfang Einschränkungen der Freiheit durch staatliche Maßnahmen protestfrei möglich sind.

Aber für einen Teil unserer Gesellschaft entwickelten sich ganz reale Ängste: Vor dem Verlust



Nachbarschaftshilfe – eine Selbstverständlichkeit.

des Jobs, der Existenzgrundlage, Angst vor Abschiebung und davor, dass das Leben in Elendslagern wie auf Lesbos das Ende bedeuten wird. Manche Einschränkungen können wir aushalten. Aber jene, die Menschen auf der Flucht erleiden müssen, sind nicht hinnehmbar.

Stellen wir uns diesen Ängsten und den nicht hinnehmbaren Einschränkungen der Menschenwürde entgegen, damit wir gemeinsam wirklich frei sein können. Wenn wir gemeinsam für Demokratie und Solidarität mit allen eintreten, gehen wir als Einzelne und als Gesellschaft gestärkt aus dieser Krise hervor. *Dr. Margot Gaitzsch*



»Krise nicht auf dem Rücken der kleinen Leute bewältigen«

Linke-Fraktionsvorsitzender André Schollbach warnt im DNN-Interview davor, nach der Bewältigung der Coronakrise die notwendigen Ausgaben mit einem Streichkonzert bei Sozialem, Jugendhilfe oder der Kultur zu finanzieren.



Foto: Dietrich Flechtner (DNN)

Fraktionsvorsitzender André Schollbach plädiert für ein Umdenken im Gesundheitssystem.

Wie geht es Ihnen und Ihrer Familie?

Mein Tagesablauf gestaltet sich gegenwärtig anders als üblich. Da die Kindergärten geschlossen sind, kümmere ich mich natürlich viel mehr um unsere Kinder. Anstelle von Gesetzestexten oder umfangreichen Stadtratsvorlagen steht dann die Lektüre von »Der kleine Drache Kokosnuss« und »Der kleine Rabe Socke« auf dem Programm. Auch die Handpuppen Krokodil und Kasper stehen derzeit hoch im Kurs. Daneben habe ich aber auch meine politischen und beruflichen Pflichten zu erfüllen.

Wie bewerten Sie das Krisenmanagement der Stadtverwaltung?

In der Stadtverwaltung wird unter Ausnahme-Bedingungen eine engagierte Arbeit geleistet. Dresden liegt bei den Corona-Infektionen je 100 000 Einwohner inzwischen unter dem Landesdurchschnitt. Und dies als Großstadt, in der viele Menschen auf engem Raum nah beieinander leben. Gerade in diesen Zeiten zeigt sich, dass es gut für Dresden ist, mit Frau Dr. Kaufmann eine sachliche, unaufgeregte und überlegt handelnde Gesundheitsbürgermeisterin zu haben.

Sind die Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor dem Virus angemessen?

Das wird man seriös letztlich erst nach dem Ende der Corona-Krise beurteilen können, wenn die Wissenschaft das Geschehen genau untersucht und ausgewertet hat. Wenn wir aber die aktuelle Situation in

Deutschland mit der in den USA oder Großbritannien vergleichen, wird deutlich, dass in jenen Ländern, in denen zunächst ein ignoranter Umgang mit dem Virus herrschte und die Gesundheit von Menschen als marktwirtschaftliches Handelsgut betrachtet wird, die Todesfälle drastisch zunehmen und das Gesundheitswesen regelrecht kollabiert.

Gesundheit nicht als Handelsgut ansehen.

Befürchten Sie, dass nach der Krise soziale Aspekte zu kurz kommen werden? Weil die Wirtschaft schnell hochgefahren werden soll?

Die Krisenbewältigung darf nicht auf dem Rücken der kleinen Leute erfolgen. Es hätte fatale Konsequenzen, wenn jetzt notwendige Ausgaben später durch ein Streichkonzert bei Sozialem, Jugendhilfe oder der Kultur finanziert würden. Gerade diese Bereiche werden bei der Bewältigung der Folgen der Krise eine wichtige gesellschaftliche Funktion haben. Und deshalb: Wer verantwortlich handelt, der legt nicht die Axt an, wo mit nur wenigen Hieben ein großer und nachhaltiger Schaden angerichtet wird.

Die Steuerausfälle werden verheerend sein. Was kann sich Dresden noch leisten?

Dresden hat in den vergangenen Jahren mit den von Linken, Grünen und SPD getroffenen Haushaltsentscheidungen gut gewirtschaftet. In Schulen und Kindergärten sowie den Kulturpalast und das Kraftwerk Mitte wurde kräftig investiert. Zudem haben wir wichtige Impulse bei der Jugendhilfe und im Sozialbereich gesetzt. Und dies alles ohne Aufnahme von Krediten. Damit ist unsere Stadt finanziell solide aufgestellt. Die zu erwartenden wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise würden jedoch die Kommunen überfordern. Deshalb benötigen wir einen wirksamen finanziellen Schutzschirm des Freistaates für die Städte und Gemeinden.

Würden Sie den Grünen zustimmen, die den Fernsehurm auf Eis legen wollen?

Beeindruckende 75 Prozent der Dresdnerinnen und Dresdner sprechen sich dafür aus, den Fernsehurm wieder für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Daraus ergibt sich ein deutlicher Auftrag an die politisch Verantwortlichen. Bund, Land und Stadt haben inzwischen die erforderlichen Gelder für die Revitalisierung des Fernsehurms zugesagt und eine entsprechende Absichtserklärung unterzeichnet. Wir sind dem Ziel, den Fernsehurm endlich aus seinem Dornröschenschlaf zu erwecken, näher als je zuvor. Der eingeschlagene Weg sollte nicht wieder zerredet werden.

Ein Streichkonzert wäre kontraproduktiv.

Wo würden Sie auf keinen Fall sparen?

Wenn die erheblichen wirtschaftlichen Folgen der Krise überwunden werden sollen, wäre eine Politik des Sparens nicht nur nicht förderlich, sondern sogar kontraproduktiv. Ein derartiger Kurs drohte, die negativen wirtschaftlichen Auswirkungen zu verstärken. Statt zu sparen, muss investiert werden. Ich halte es da ganz mit Keynes, einem der bedeutendsten Ökonomen. Schon nach der dramatischen Finanzkrise 2008 haben massive staatliche Investitionen dazu beigetragen, die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen.

Welche Lehren muss Dresden jetzt ziehen?

Um die gegenwärtige Krise meistern zu können, sind die Milliarden aus der Staatskasse allein nicht ausreichend. Ganz wesentlich sind auch von vielen Menschen gelebte Werte wie Solidarität, Hilfsbereitschaft, Rücksichtnahme und Gemeinschaftssinn. An diese Erfahrung sollten wir auch in der Nach-Corona-Zeit anknüpfen. Bei den Krankenhäusern muss vor allem die Gesundheit der Menschen im Mittelpunkt stehen und nicht, welche Operation sich wirtschaftlich rechnet. Hier ist ein generelles Umdenken im Gesundheitssystem erforderlich. Denn Gesundheit ist keine Ware.

Interview: Thomas Baumann-Hartwig, Auszug, *Dresdner Neueste Nachrichten* vom 21. April

Gesundheit finanzieren

Interview zur wirtschaftlichen Lage des Städtischen Klinikums Dresden mit unserer Bürgermeisterin für Gesundheit und Soziales Dr. Kristin Klaudia Kaufmann

Kris, wie ist die wirtschaftliche Lage des städtischen Klinikums?

Zunächst: Die medizinische Leistungsfähigkeit des Städtischen Klinikums (KHDD) ist unbestritten, die Kollegen machen einen hervorragenden Job! Allerdings besteht ein Ungleichgewicht zwischen der guten Betreuung und den Wirtschaftszahlen. Das Klinikum ist 2017 in die Verlustzone geraten. Seitdem ist es nicht mehr aus dem Negativbereich herausgekommen. Auch 2020 werden wir mit einem Minus abschließen. Wir stehen mit diesem Negativtrend jedoch nicht alleine da. Das zeigt: Es läuft etwas schief in unserem Gesundheitswesen.

Welche Ursachen hat die Situation?

Das Finanzproblem ist äußerst komplex. Wir haben deshalb im letzten Jahr die Wirtschaftsprüfer von Ernst & Young GmbH mit einer Analyse beauftragt. Das Fazit der Prüfer: Das Klinikum hat sowohl ein Einnahmen- als auch ein Ausgabenproblem. Außerdem fehlt es an einer langfristigen Strategie für eine stabile Zukunft. Jetzt gilt es durch nachhaltige Maßnahmen aus der Negativspirale rauszukommen. Dabei geht es auch darum, die Fusion der vormals beiden getrennten Eigenbetriebe abzuschließen. Als Beispiele seien die Krankenhausapotheke und die Labore genannt. Dadurch lassen sich Kosten reduzieren, ohne dass es zu Einschränkungen kommt. Gleichzeitig wird ein strategischer Plan für die Entwicklung des KHDD bis 2035 entwickelt. Dafür



Der Neptunbrunnen im Außengelände des Klinikstandortes in der Friedrichstadt.

nutzen wir erneut Ernst & Young, die von einem Begleitteam (Vertretern des Stadtrats, des KHDD und der Stadtverwaltung) unterstützt werden. Natürlich werden wir nicht alle Probleme, mit denen das KHDD zu kämpfen hat, auf kommunaler Ebene klären können. Bei der Reform der Krankenhausfinanzierung und des DRG-Systems sind sowohl der Freistaat Sachsen als auch der Bund gefragt. Dass die ohnehin schon klammen Krankenhäuser und ihre Träger ein Fünftel der Investitionskosten selbst aufbringen müssen, ist für mich ein Übel! So poche ich weiterhin vehement darauf, dass das Land notwendige Investitionen zu 100 Prozent übernimmt.

Was änderte die Fusion 2017?

Ich bin froh, dass das Klinikum jetzt über ein Leitbild verfügt. Es wurde von einem Team aus Belegschaft und Be-

triebsleitung erarbeitet. Das ist sinnvoll und wichtig. Es reicht nämlich nicht, Verwaltungsstrukturen zusammenzulegen. Gerade eine Klinik dieser Größe braucht einen gemeinsamen Geist und klare Ziele. Vereinheitlicht wurden bislang Dienstleistungen wie Speiserversorgung, Wäscherei und Reinigung. Gerade in der Informationstechnik besteht noch großer Nachholbedarf.

Welche Arbeitsbedingungen bietet das städtische Klinikums?

Das Städtische Klinikum Dresden genießt einen sehr guten Ruf. Wie sonst hätten wir es geschafft, in den letzten zwölf Monaten über 100 neue Pflegekräfte zu gewinnen? Wir sind tarifgebunden und zahlen eine Vergütung nach TVöD-K/VKA, dies ist unbestritten die Leitwährung für anständige Bezahlung. Das soll so bleiben.

Wie kann das städtische Klinikum neben den konkurrierenden privaten Kliniken und dem Uniklinikum in Dresden bestehen?

Indem wir die klinikumsinternen Hausaufgaben lösen, an unsere Patienten und Mitarbeiter denken. Ich erwarte von der Betriebsleitung, dass sie die Belegschaft empathisch und verlässlich einbezieht. Mit dem neuen Ersten Betriebsleiter Marcus Polle ist das Klinikum auf einem sehr guten Weg. An effizienten Strukturen und Prozessen wird an vielen Stellen mit Hochdruck gearbeitet. Eine große Herausforderung ist die Außenwahrnehmung, sie wird den guten Leistungen der Kollegen nicht gerecht. Wenn viele zufriedene Patienten und Mitarbeiter ihren Familien, Freunden und Bekannten über ihre positiven Erfahrungen im Städtischen Klinikum berichten, könnte sich das aber ändern. So ist unser städtisches Klinikum beispielsweise in der Dermatologie, in der Augenheilkunde und der geriatrischen Rehabilitation ein echter regionaler Primus.

Welche Zukunftsvision habt ihr für das Klinikum?

Alterung ist ein großes Thema. Auch Digitalisierung und Ambulantisierung von bislang stationären Leistungen müssen wir im Fokus haben. Das muss Teil der Unternehmensstrategie sein. Über die Details werden wir im Begleitteam sprechen. Insofern möchte ich dem Konzept nicht vorgreifen.

Die Fragen stellte Jana Neveling



OBDACHLOSIGKEIT

Sozial Benachteiligte in Coronazeiten

Die Corona-Krise bedeutet speziell für wohnungslose Menschen eine starke Verschlechterung ihrer ohnehin sehr schwierigen Lebenslage. Die meisten Angebote der freien Träger sind derzeit stark reduziert, beispielsweise finden Beratungen nun hauptsächlich telefonisch oder online statt. Das stellt für viele Betroffene eine Hürde dar, zudem entfällt dadurch auch ein wichtiger persönlicher Kontakt.

Für Obdachlose kommt jetzt besonders erschwerend hinzu, dass die Tagestreffs geschlossen sind und auch die Möglichkeiten zum Duschen und Wäschewaschen entfallen. Wie sollen so hygienische Standards, die gerade jetzt wichtig sind, gewahrt werden? Auch finanzielle Einnahmequellen für Wohnungslose sind stark eingebrochen. Es ist schlimm genug, dass Menschen in diesem reichen Land auf das Sammeln von Pfandflaschen, Betteln oder den Verkauf von Straßenzeitungen angewiesen sind.

Durch Ausgangsbeschränkungen ist nun diese Einnahmequelle ganz eingebrochen. Ein weiteres Problem könnte künftig die Verknappung von illegalisierten Rauschmitteln werden. Kalte und unbetreute Entzüge in unbekanntem Rückzugsräumen oder der Ausgleich mit Mengen an Alkohol könnten darauf folgen. Das ist lebensbedrohlich.

Wie schon mehrfach über soziale Medien zu lesen war, scheinen Obdachlose bereits öfter von Polizeimaßnahmen betroffen gewesen zu sein. Das ist absolute Schikane und hat nichts mit dem vom Innenminister Wöllner (CDU) angepriesenen angeblichen Handeln nach »Augenmaß« zu tun. Wer nichts an materiellen Dingen hat und schon an sozialen Kontakten verhältnismäßig arm ist, der möchte verständlicherweise wenigstens seine Freund*innen und Bekannten treffen. Die sozialen Kontakte sind mit das wichtigste, was diese Menschen derzeit überhaupt noch haben.

Christopher Colditz

**IM GESPRÄCH MIT
Tilo Kiebling**

Was sind Deine inhaltlichen Schwerpunkte innerhalb der Fraktion? Was ist dein persönlicher Zugang zu diesen Themen?

Meine inhaltlichen Schwerpunkte leiten sich aus meiner Ausschussbesetzung her. Es sind Jugendhilfe und Bildung, Sport, Finanzen.

Mein persönlicher Zugang wird geprägt von unserem Wahlprogramm.

Was hat Dich vor mehr als zehn Jahren dazu motiviert, für den Stadtrat zu kandidieren, und was bewegt Dich dazu, dieses Ehrenamt auch weiterhin fortzuführen?

Damals wie heute fühle ich mich meiner Stadt Dresden verbunden und will sie im Interesse unserer Wählerinnen und Wähler mitgestalten.

Was hat sich in den letzten Jahren im Stadtrat geändert?

In der Stadtratsarbeit hat sich meiner Meinung nach nicht viel geändert. Der Prozess der Selbstermächtigung der Verwaltung gegenüber den politischen Kontrollgremien schreitet stetig voran. Die Debatte um die Abschaffung der Umzugsbeihilfe für Studentinnen und Studenten ist hierfür nur ein Beispiel.

Wofür setzt Du dich als Stadtrat im besonderen Maße ein?

Für die Umsetzung unseres Wahlprogrammes in den Bereichen, für die ich zuständig bin. Ein erster Erfolg war dabei schon die Geschwisterermäßigung bei Ferienlagern. Dies gilt ab diesem Jahr.



Tilo Kiebling ist Mitglied im Fraktionsvorstand und in den Ausschüssen für Finanzen, Bildung, Jugendhilfe und Sport.

Wie sähe für Dich eine gut funktionierende Ratsarbeit sowie Zusammenarbeit zwischen Stadtrat und Verwaltung aus?

Eine gut funktionierende Ratsarbeit braucht in der Fraktion gegenseitiges Vertrauen und Verlässlichkeit. Eine gute Zusammenarbeit zwischen Rat und Oberbürgermeister braucht die Wertschätzung des jeweils anderen. Daran herrscht meiner Auffassung nach gegenwärtig Mangel.

Das Interview führte Jana Neveling

StVO-Novelle zügig umsetzen

Die Frühjahrskollektion der neuen Verkehrsschilder ist da! - Schnell bestellen!



Stadtrat Tilo Wirtz präsentiert seinen Antrag an der Einmündung zur Alaunstraße mit dem neuen Verkehrsschild.

Geben wir es zu: Selten sind die regelmäßigen Änderungen der Straßenverkehrsordnung spektakulär gewesen. Der Verfasser nimmt seit 1974 als Radfahrer am Straßenverkehr teil, verfügt seit 1991 über einen Führerschein und fährt seit 1995 öfter Auto. Über die Zeit gesehen sind seltene Marksteine die Einführung des grünen Pfeils, die Senkung der Promillegrenze und die Tempo-30-Zone gewesen, von den wiederkehrenden Erhöhungen der Bußgelder einmal abgesehen. Mitte Februar hat der Bundesrat allerdings einmal Butter bei die Fische getan und ein paar Neuerungen eingeführt, die insbesondere den Radverkehr erleichtern. Interessant ist dabei die Einführung einer Radfahrzone, die zwar optional mit Zusatzschild für Autos befahren werden kann, allerdings unter Beachtung des Vorranges des Radverkehrs. Dann ein Überholverbot von Zweiradfahrzeugen, welches gefährliche Überholmanöver unterbinden soll. Die häufigen Abbiegeunfälle an Kreuzungen mit Radwegen, bei denen rechtsabbiegende Kraftfahrzeuge den geradeaus fahrenden Radverkehr schneiden, sollen durch eine Vergrößerung der parkfreien Kreuzungsbereiche von fünf auf acht Meter entschärft werden, damit sich Rad- und Autoverkehr eher und besser gegenseitig sehen können. Ergänzt werden die genannten Neuerungen beispielsweise durch ausgeschilderte Stellflächen für Carsharing.

Schnelle Umsetzung beantragt

Der Beschluss der StVO-Novelle im Bundesrat war für die Fraktion DIE LINKE Anlass, einen Antrag zur schnellen Umsetzung der dem Schutz und der Förderung des Radverkehrs dienenden Änderungen zu schreiben. Als erste Radfahrzone bietet sich da-

bei die Antonstadt an. Schon lange besteht hier der Wunsch, zur Verbesserung des Wohnumfeldes einen autofreien Stadtteil zu gestalten. Gescheitert ist dies bisher, weil die Ortsansässigen auch über Autos verfügen und Handel und Gewerbe auf Zufahrt zu ihren Geschäften angewiesen sind. Kompromiss auf niedrigem Niveau war die Einführung der Tempo-30-Zone mit Tempo 20 auf der Alaunstraße und die Tendenz, im Verkehrsentwicklungsplan flächendeckend eine Tempo-20-Zone einzuführen. Die nun denkbare Fahrradzone mit zugelassenem motorisierten Verkehr ist ein weitergehender Schritt, da die unbedingte notwendige Zufahrt gewährleistet wird und der Radverkehr aber Vorrang genießt. Darüber hinaus sollen weitere geeignete Stadtteile auf Eignung als Radfahrzone untersucht werden.

Sicherheit für Radverkehr erhöhen

Als dringend notwendige Überholverbotsstrecke von Zweirädern bekannt ist die Fahrspur auf der Loschwitzer Brücke in Richtung Loschwitz. Auf der einen Fahrspur wird der Radverkehr regelmäßig nicht nur mangels Platz mit viel zu wenig Abstand überholt, sondern teils regelrecht genötigt, da die Fahrzeugführer*innen der falschen Ansicht sind, der Radverkehr gehöre auf den Fußweg. Ein Überholverbot für Zweiräder würde an dieser Stelle noch den Nebeneffekt haben, dass klargemacht wird, dass grundsätzlich mit Radverkehr gerechnet werden muss.

Fakt ist: Die genannten Veränderungen haben Potential zu positiven Entwicklungen zu umweltschonender und stadtfreundlicher Mobilität, wenn sie denn schnell von der Verwaltung umgesetzt werden.

Tilo Wirtz

CORONA

Mehr Wachsamkeit und Solidarität

In Ausnahmesituationen wie der Corona-Pandemie werden soziale Ungerechtigkeiten und gesellschaftliche Hierarchien besonders sichtbar. Während besser Gestellte bereits zu Krisenbeginn allerhand Lebensmittel hamstern konnten, wurde die tägliche Versorgung für Menschen mit kleinem Geldbeutel deutlich schwieriger. Viele Tafeln mussten aufgrund der verschärften Maßnahmen schließen, Hamsterkäufe ließen oft nur teure Lebensmittel und Produkte in den Regalen übrig.

Während sich Menschen mit größerem Wohnraum und verhältnismäßig kleinen Haushalten trotz einer Ausgangssperre räumlich aus dem Weg gehen können, haben größere Familien oder Menschen mit kleinerem Wohnraum kaum Möglichkeiten auszuweichen. Innere Unruhe, Unzufriedenheit und Angst vor der Zukunft machen sich breit, das Gewaltpotential steigt in allen sozialen Schichten. Fälle häuslicher Gewalt – vor allem gegen Frauen – können in dieser Zeit deutlich zunehmen.



Zwar sind die Kapazitäten der Frauenschutzhäuser in Dresden noch nicht ausgeschöpft, dennoch ist von einer höheren Dunkelziffer auszugehen. In der Stadt werden mittlerweile an gut sichtbaren Standorten Aufkleber verteilt, die zu einer verstärkten Wachsamkeit in der Bevölkerung aufrufen. Auch Stadträtin Pia Barkow legt ans Herz: »Für Betroffene ist die Möglichkeit, sich Hilfe zu suchen, durch die Ausgangsbeschränkung gegenwärtig deutlich eingeschränkt. Umso wichtiger ist es, wachsam zu sein, auf seine Mitmenschen noch mehr zu achten und im Notfall, Betroffenen Hilfe anzubieten.«

Die Redaktion

ANTRÄGE

Endlich Flagge zeigen!

Das Hissen der Regenbogenflagge am Rathaus zum Christopher Street Day gehört in anderen sächsischen Städten schon längst zur Tradition. In Dresden weigert sich Oberbürgermeister Hilbert seit Jahren, dieses Zeichen der Akzeptanz, Wertschätzung und Solidarität auch in diese Stadt zu holen.

Damit sich das endlich ändert, haben wir als Fraktion einen Antrag gestellt, in dem OB Hilbert dazu aufgefordert wird, die Beflaggung bei der zuständigen Landesdirektion zu beantragen und sowohl zum Internationalen Tag gegen Homo-, Inter- und Transphobie als auch in der Woche des CSD an den Dresdner Rathäusern die Regenbogenflagge zu hissen. *Caroline Lentz*

Kultur und Wirtschaft retten

Auch die diesjährige Bunte Republik Neustadt wurde wegen Corona abgesagt. Trotzdem wird die Pandemie irgendwann vorbei sein und wir werden hoffentlich glimpflich davonkommen.



Bild der BRN von 2018. So wird es 2020 leider nicht aussehen.

Ob es alle Festivals, Kneipen, Veranstalter und vor allem Künstlerinnen und Künstler durch die Krise schaffen? Ich fürchte nein. Alle, die mit Veranstaltungen zu tun haben, waren die Ersten, die nicht mehr arbeiten und damit auch kein Geld mehr verdienen konnten. Und sie werden die Letzten sein, bei denen das normale Geschäft wieder möglich sein wird. Und leider sind in der freien Kultur und der Kreativwirtschaft wenig Rücklagen möglich gewesen. So kommen diese Branchen jetzt an ihre existenziellen Grenzen. Und mit ihnen vieles andere. Ob es die Musikneipe an der Ecke ist oder das kleine Theater, die Galerie, die Tontechnikerin, der Musikalienhandel: Sie sind stark gefährdet. Und nicht zuletzt ge-

hören auch die Gastronomie-Branche und der Tourismus dazu.

Trotz verschiedener Hilfen wird es am Ende knapp werden. Die Kulturwelt wird nach der überstandenen Pandemie ausgedünnt sein. Für die Stadt ist es wichtig, die großen Stätten der Kunst und Kultur zu erhalten: Philharmonie, Theater, Bibliotheken und Museen müssen uns bald wieder Hoffnung, Zuversicht und den nötigen ästhetischen Stimulus geben, um die gesellschaftliche Corona-Quarantäne zu verarbeiten. Das wird gelingen. Schwieriger ist die Lage bei den freien Kulturanbietern. Wenn die Grundsicherung der beteiligten Personen gesichert ist, geht es um die Institutionen. Dort müssen wir versuchen zu retten, was zu retten ist. Die

Personalkosten werden zum Großteil durch das Kurzarbeitergeld abgefangen. Es bleiben Raumkosten übrig, denen keine Einnahmen gegenüberstehen. Insofern ist der Ansatz richtig, dass die Stadt als Vermieterin ihren Mietern entgegenkommt und für Andere Mietzahlungen übernimmt. Wir brauchen einen Mietenfond für die freie Szene, denn wir müssen die Orte erhalten, damit es nach der Krise überhaupt wieder losgehen kann.

Und warum? Es geht beim Begriff der Systemrelevanz nicht nur ums nackte Überleben, um Essen, Gesundheit und Bildung. Kultur und Kunst und die damit verbundenen Branchen bringen dem Dasein Sinn und stiften Identität. Die Kulturstadt Dresden lebt davon. *Magnus Hecht*



Gemeinsam für die Rechte aller Menschen – der Christopher Street Day.

EIN APPELL

Quarantäne-Unterricht gerecht gestalten!

Die gegenwärtige Situation ist auch und gerade für Familien mit schulpflichtigen Kindern eine Herausforderung. Viele Eltern arbeiten im Homeoffice und fühlen sich durch den Heimunterricht zusätzlich belastet. In den Familien herrschen zum Teil sehr unterschiedliche Voraussetzungen für den Quarantäne-Unterricht. Nicht alle Kinder haben einen eige-

nen PC mit Webcam und Drucker, anderen steht wiederum keine Ansprechperson zur Verfügung, die Hilfestellung leisten kann. Ich appelliere an Pädagog*innen, die Aufgaben so zu stellen, dass sie von den Kindern selbstständig gelöst werden können. Die Aufgaben sollten ein Angebot zur Strukturierung des ungewohnten Alltags sein und helfen, bereits erworbenen Schulstoff nicht zu vergessen.

Anne Holowenko



DRESDEN GORBITZ

Pilotprojekt zur Kriminalprävention?

Am Ende der letzten Wahlperiode kam es zum Beschluss der Alkoholverbotszone am Amalie-Dietrich-Platz. Dem voraus gingen kontroverse Debatten über das Für und Wider einer solchen Maßnahme – sowohl im Stadtrat als auch im Stadtbezirksbeirat. Im Oktober 2019 folgte darauf aufbauend die Vorlage für Gorbitz als »Pilotprojekt für Kriminalprävention in der Landeshauptstadt Dresden«. Je mehr man sich mit der Vorlage beschäftigte, desto mehr zeichnete sich ab, dass keinerlei Inhalte hinterlegt waren und selbst nach 1,5 Jahren Laufzeit des Projekts SiQua (Sicherheitsanalysen und -vernetzung für Stadtquartiere im Wandel) keine konkreten Ergebnisse vorlagen. Nur eine wichtige Information kam heraus: Die Alkoholverbotszone führte zu einer Verlagerung an den Merianplatz.

Wer wie ich im Plattenbaugebiet groß wurde, kennt die Vorurteile, mit denen man kämpfen muss. Man sei »ein schlechter Umgang« und es »werde sowieso nichts aus einem«. Daher war das Plädoyer unserer Fraktion eine kulturelle und soziale Aufwertung von Plattenbaugebieten und die Förderung von Kultur-, Sport und

Schulnetzplan, wie weiter?

Neues vom Schulnetzplan. Wie vielen Schulbauvorhaben der freien Trägern fast das Aus drohte und es dann gelang die Finanzierung ohne Abstriche für die Schulbauvorhaben der Stadt zu sichern.



Endlich kann der Eingang der Freien Alternativen Schule (FAS) für 200 Schülerinnen und Schüler ausgebaut werden.

Der Schulnetzplan wurde 2018 mit umfangreichen Veränderungen gegenüber der Vorlage der Verwaltung verabschiedet. Unser Ziel war es, nicht nur jedem Kind einen Schulplatz zur Verfügung zu stellen, sondern auch politische Schwerpunkte zu setzen, z.B. die Wiedereinrichtung eines Gym-

nasiums in Gorbitz, ein neues Gebäude für das Berufsschulzentrum »Gehe« in Prohlis sowie für dieses eine Erweiterung mit einem Berufsgymnasium.

Bei dem damaligen Abstimmungsergebnis (37:27:1) war es absehbar, dass die Umsetzung der ambitionierten Vorhaben nicht leicht werden würde.

Das zeigt sich nun im politischen Alltag. Vor ein paar Wochen wollte die Schulverwaltung das seit einem Jahr eingerichtete Gymnasium Gorbitz abschaffen, was dank breiter Proteste verhindert wurde. Eine weitere Herausforderung war die Einigung über die Verteilung von Fördergeldern.

Mehr Eigenmittel statt Schulbau-Stopp

Der Freistaat hat dem Schulbau in Dresden Zuschüsse von 106 Mio. Euro bereit gestellt. Es gab kontroverse Diskussionen, wie dieses Geld verteilt wird. Es muss jedoch bis Dezember 2023 verbaut sein, das heißt, die Planungen müssen jetzt schon weit fortgeschritten sein. Das Land sah 94 Mio. Euro für die Schulen in kommunaler Trägerschaft und 5 Mio. Euro für Schulen in freier Trägerschaft vor. Den allgemeinbildenden Schulen in freier Trägerschaft müssten aber entsprechend ihrer Schüler*innenanzahl (16%) deutlich mehr Zuwendungen für Investitionen zustehen, nämlich 15,871 Mio. Euro. Nach langer Diskussion haben wir uns entschlossen, allen freien Trägern, die einen Antrag auf Förderung ihrer Investitionsvorhaben gestellt haben, die beantragte Summe zu bestätigen. Damit gehen wir mit genehmigten 19,85 Mio. Euro sogar über die anteilige Summe hinaus. Das heißt aber auch, es bleiben weniger Mittel für kommunale Einrichtungen übrig. Trotzdem werden durch die Erhöhung der Mittel für die freien Träger keine Maßnahmen des kommunalen Trägers zurückgestellt. Wir ersetzen diese Mittel durch Eigenmittel. Wir sind froh, dass die Schulen in freier Trägerschaft mit dem Beschluss in der letzten Stadtratsitzung nun Sicherheit bekommen und ihre Planungen fortsetzen können.

Anja Apel



DIE LINKE fordert ein Aufwerten von Plattenbaugebieten

Bildungsangeboten – und eben auch ein Gymnasium für Gorbitz. Was die Bürgerinnen und Bürger in Gorbitz dagegen nicht brauchen, ist ein weiteres Stigmatisieren, Schlechtreden und Kriminalisieren eines ganzen Stadtteils. Mit dem Beschluss werden nun weiter Vorurteile befeuert, die Alkoholverbotszone verstetigt und die Menschen als Versuchskaninchen für ein Pilotprojekt benutzt. Dies lehnen wir als Fraktion entschieden ab!

Katharina Hanser

GANZ HINTEN LINKS**Beim Geld hört der Verstand auf.**

Mit Trara wurde sie vor Jahren eingeführt, die »Schuldenbremse« in der Landesverfassung, sowie das »Schuldenverbot« in der Dresdner Hauptsatzung. Letzteres als ideologische Rechtfertigung des WOBA-Verkaufs. Fortan galt die Logik der schwäbischen Hausfrau, natürlich ohne den Bausparvertrag des schwäbischen Häuslebauers. Eine



Virenpanemie und ein »Lockdown« von Handel, Dienstleistungssektor, Kultur und Sozialem waren ebenfalls nicht vorgesehen. Der Landtag konnte sich zwar nicht durchringen, die »Schuldenbremse« zu beerdigen, fand aber wenigstens einen Dreh, sie außer Kraft zu setzen. Der Vorschlag, in Dresden genauso zu verfahren, stößt auf den Widerstand all derer, die das »Schuldenverbot« einst verzapft haben. Am besten wäre es natürlich, allein der Freistaat würde die Kredite aufnehmen und die Kommunen entlasten.

Wir sollten das Schuldenverbot beerdigen.

Da das wohl ein Wunsch bleiben wird, müssen sich die Gralshüter des »Schuldenverbotes« entscheiden, ob sie wegen der Einnahmeeinbrüche Investitionen in Schulen und das städtische Klinikum aufschieben oder gar bei Kultur und Sozialem streichen wollen und damit denen, die jetzt am meisten getroffen wurden, den Rest geben wollen.

Jens Matthis

PEGIDA**Stadtverwaltung rollt roten Teppich aus**

Aufgrund der Corona-Pandemie durften seit März keine Versammlungen oder Demonstrationen mehr stattfinden. Doch ausgerechnet am 20. April wurde für PEGIDA eine Ausnahme gemacht. LINKEN-Fraktionsvorsitzender André Schollbach wurde deutlich: »Nachdem wochenlang das Versammlungsrecht faktisch außer Kraft gesetzt wurde, wird in Dresden pünktlich zum Führergeburtstag der rote Teppich für PEGIDA ausgerollt.« Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Margot Gaitzsch sagte dazu: »Nach den Einschränkungen der letzten Wochen ist die Ausnahme für PEGIDA ein Schlag ins Gesicht eines jeden Demokraten. Ich verurteile die Entscheidung der Versammlungsbehörde Dresdens aufs schärfste und fordere den Oberbürgermeister Dirk Hilbert auf, nun endlich für klare Regeln und ein nachvollziehbares Verwaltungshandeln bei Entscheidungen der Versammlungsbehörde für Demonstrationen unter den Bedingungen des Infektionsschutzes zu sorgen.«

Die Redaktion



Die Demokratie erhält sich nicht von selbst.

BILDUNGSGERECHTIGKEIT**Ein Netz für alle**

Mit einem neuen Antrag will die Fraktion dafür sorgen, dass öffentliche, freie WLAN-Netze schneller bereitgestellt werden - durch die Zusammenarbeit mit den Freifunkern sowie der Erweiterung des WLAN-Netzes seitens der Stadtverwaltung. Es braucht die digitale Grundstruktur - besonders in Stadtteilen wie Prohlis und Gorbitz. Zudem soll erreicht werden, dass alle Schüler*innen Zugriff auf ein geeignetes Endgerät erhalten. In Ausnahmesituationen, wie der Corona-Pandemie, zeigt sich die Notwendigkeit als Kommune die digitale Bildungsgerechtigkeit zu sichern. Darüber hinaus soll der Antrag das kostenlose Scannen, Kopieren und Drucken für Dresden-Pass-Nutzer*innen in Stadtebibliotheken ermöglichen.

Die Redaktion

VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

Impressum

Herausgeber
DIE LINKE. Fraktion
im Dresdner Stadtrat
Rathaus, 1. Etage, Zimmer 208
Dr. Külz-Ring 19, 01067 Dresden

Kontakt
Telefon: 0351/4882822
fraktion@dielinke-dresden.de
www.linke-fraktion-dresden.de

V.i.S.d.P.
Thomas Feske

Autor*innen dieser Ausgabe
Anja Apel, Thomas Baumann-Hartwig,
Christopher Colditz, Thomas Feske, Dr. Margot
Gaitzsch, Katharina Hanser, Magnus Hecht,
Anne Holowenko, Dr. Kristin Kaufmann, Caroline
Lentz, Jens Matthis, Jana Neveling, Tilo Wirtz

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwahrende Kürzungen vor.

Bildnachweise

Jana Neveling (1; 6; 8), Mario Hoesel (2),
bfhk/ pixabay (2), janeb13/ pixabay (2),
Dietrich Flechtner/ DNN (3), Kay Körner/
Wikimedia commons (4), ArtTower/ pixabay (4),
Frank Grätz(5), Marcel Ritschel (5), Africa Studio
(6), rihajj/ pixabay (6), khamkhor/ pixabay (7),
Anja Apel (7), Einsamer Schütze/ wikimedia
commons (7), Nationalismus raus aus den
Köpfen (8), Stux/ pixabay (8)

Gestaltung und Satz
Norbert Engemaier

Druck
LR Medienverlag
und Druckerei GmbH

Auflage
Die Papierausgabe wird in einer Auflage
von 2500 Exemplaren gedruckt.

Redaktionsschluss
16.4.2020

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat